Nr. 399 • 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 193

Abend-Ausgabe

2 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat August 90.— M., voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, sowie Österreich und Luxemburg 130.— M., für das übrige Ausland 172.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295 und 2506—2507

Donnerstag, den 24. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 25.— M. Reklamezeile 125.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 7.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 6.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Energische Schritte der Gewerkschaften

Der Dollar nahe an 2000!

Die Führer der gewerkschaftlichen Spitzenverbände werden heute nachmittag beim Reichskanzler vorstellig werden. Es herrscht bei den Gewerkschaften die Auffassung, daß die Reichsregierung so schnell wie möglich energische Schritte unternehmen muß, wenn nicht unsere Gesamtwirtschaft zusammenbrechen soll.

•

Das Ausland löst sich fluchtartig von der deutschen Mark. Die vielen Milliarden Papiermark, die bisher in der Welt herumschwammen, stürzen jetzt auf Deutschland herab. Das bedeutet, daß die Geschäftsleute der Welt, die seinerzeit Mark in der Hoffnung auf eine Gesundung der deutschen Wirtschaft aufnahmen, heute diesen Glauben nicht mehr haben. Sie entledigen sich mit Verlust ihrer Markbestände, unbekümmert um unser Schicksal.

Die deutsche Wirtschaft erzittert unter dem Druck der stündlich weiter stürzenden Mark in ihren innersten Grundfesten. Sie wird und muß zusammenbrechen, sobald die Reichsregierung zuläßt, daß die arbeitende Schicht hemmungslos in den Strudel der steigenden Preise hineingezogen wird und darin umkommt.

Es kann jetzt nicht scharf genug betont werden, daß zwischen der äußeren und der inneren Entwertung der Mark ein Unterschied besteht. Es ist nicht wahr, daß jeder Tagesbedarf des kleinen Mannes untrennbar mit dem Börsenkurs des Dollars verbunden sei. Das wäre nur richtig, wenn wir ausschließlich von Einfuhrprodukten lebten. Wir haben aber auch einen innerwirtschaftlichen Markt, der in weitem Umfange die Bedürfnisse des Arbeiters und Angestellten befriedigt. Wir haben Warenvorräte im Lande, in denen kein Cents ausländischen Materials steckt. Hier muß eingegriffen werden.

Die Gewerkschaften würden sich selbst aufgeben, wenn sie dulden wollten, daß der Wucher an diesem dem gesamten Volk gehörenden Werten so hemmungslos weiter geht wie in den letzten Wochen. Ein großer Teil unserer Lebensmittel, wie Kleider, Schuhe und viele andere Artikel, sie entstehen auf deutschem Boden aus deutschen Produkten und aus deutscher Arbeit. Hier muß regulierend eingegriffen werden, mag auch mancher vor dem Worte Zwangswirtschaft erschrecken. Die Regelung braucht keine Zwangswirtschaft zu sein, sie muß aber von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten im vollen Sinne des Wortes getragen werden.

Mit einer systematischen Marktbeherrschung und Preisbeeinflussung im Inland muß eine planmäßige Umgestaltung unseres Außenhandels Hand in Hand gehen.

Im Monat Juni wurde unsere Zahlungsbilanz allein durch Zuckereinfuhren mit mehr als einer Milliarde Mark belastet. Das bedeutet rund den vierten Teil des ganzen Einfuhrüberschusses jenes Monats. Die heimische Zuckerproduktion müßte sehr wohl ausreichen, um den wirklichen Ernährungsbedarf der Bevölkerung an Zucker zu decken. Es ist undenkbar, daß der Arbeiter für ein Pfund Margarine oder Schmalz Hunderte von Mark zu zahlen hat, während die für die Erhaltung seiner Arbeitskraft wichtigsten Produkte in Konfitüren, Schokoladen, Likören, Bier, Kuchen und Luxusbackwaren zum Genuß und Vergnügungsmittel einer leichtsinnig sich amüsierenden Oberschicht werden.

Es gibt viele Wege, die uns zwar alle nicht aus dem Elend der Bedingungen von Versailles herausführen, die aber ein hemmungsloses Versinken des deutschen Volkes in den allgemeinen Pauperismus zu verhindern vermögen.

Wir täuschen uns nicht über die geringe Bedeutung, die heute eine verschärfte Kontrolle des Devisenhandels hat in einem Moment, da man auf der Berliner Börse glücklich ist, wenn 500 Dollar auf den Markt geworfen werden. Wir sind aber ebenso klar darüber, daß die kapitalkräftigen Leute Deutschlands in der verschiedensten Form und unter mancherlei Deckung über beachtenswerte Auslandsguthaben verfügen. Wir wissen, daß die Finanzämter noch heute den größten Teil ihrer Arbeitskraft darauf verwenden, von Arbeitern und kleinen Leuten Steuerpfennige einzuziehen, während nach wie vor die Erhebung der Steuern vom großen Besitz und von den mit der Dollarentwertung im gleichen Tempo steigenden Riesengewinnen um Jahre zurückgeblieben ist. Auch hier muß endlich eingegriffen werden.

Die Spitzenverbände werden heute beim Reichskanzler über alle diese Fragen und manche andere, die hier nicht näher berührt sind, zu sprechen haben. An der Reichsregierung, die sich der großen Verantwortlichkeit ihrer Stellung gegenüber dem ganzen Volke bewußt ist, wird es liegen, aus den ihr zu gebenden Anregungen die Maßnahmen zu gestalten, die wir alle jetzt von ihr dringend fordern.

Eine Berliner Lokalkorrespondenz verbreitet Nachrichten über Forderungen, die von den Gewerkschaften dem Reichswirtschaftsministerium unterbreitet worden seien. Davon ist kein Wort wahr. Richtig ist nur, daß die Gewerkschaften sich mit den Fragen der allgemeinen Teuerung beschäftigt haben und beschäftigen, und daß sie sich darüber auch mit dem Reichswirtschaftsminister unterhalten haben. Irgendwelche Forderungen sind von den Gewerkschaften bisher der Reichsregierung noch nicht unterbreitet worden.

Die Katastrophe an der Börse.

In den heutigen Vormittagsstunden setzte in Berlin im Hinblick auf den angeblich sehr ungünstigen Stand der Verhandlungen mit der Reparationskommission eine erneute stürmische Hausse in ausländischen Zahlungsmitteln ein, die schließlich an der Börse zu einem

völligen Zusammenbruch des Devisenmarktes

führte. Der Dollar erreichte um die Mittagsstunde eine Höhe von 1950. Der Berliner Devisenmarkt, der ohnehin schon seit einigen Tagen kaum noch über das geringste Angebot verfügt. Ist dem starken Hereinströmen deutscher Marknoten aus dem Auslande nicht mehr gewachsen. Industrie und Großhandel können für Einfuhrzwecke auch nicht die kleinsten Devisenbeträge im freien Markte mehr kaufen.

An der Börse herrschte heute hinsichtlich der weiteren Gestaltung der Dinge allgemeine Niedergeschlagenheit. Man sieht mit ernstesten Besorgnissen den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen dieser neuesten Katastrophe entgegen. Es war schon bald nach Beginn des offiziellen Verkehrs am Devisenmarkte kaum noch möglich, irgendwelche Geschäfte abzuschließen; während sonst regelmäßig Partien von tausend Dollars und ein Mehrfaches davon gehandelt werden, konnten heute nicht einmal Beträge von fünfhundert Dollars und darunter beschafft werden. Bei dem Fehlen jeglichen Angebots bestehen für weitere katastrophale Steigerungen des Dollars keine Hindernisse mehr.

An den Effektenmärkten war das Geschäft unter dem Eindruck der Vorgänge am Devisenmarkt zunächst eher etwas ruhiger. Die Spekulation vermag sich auf die neue Lage noch nicht so rasch einzustellen, zumal man eine weitere Verschärfung der Geldknappheit befürchtet. Immerhin waren die Kurse auf der ganzen Linie wesentlich höher als gestern. Die Umsätze erreichten allerdings keinen großen Umfang. Sprunghafte Steigerungen waren vor allem bei den Auslandswerten und bei denjenigen inländischen Papieren, für die ausländisches Interesse besteht, zu verzeichnen.

Rettungsprogramm für Oesterreich.

Wien, 24. August. (WTB.) Die „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht in der Form eines Aufrufes das Ergebnis einer gemeinsamen Beratung der politischen und wirtschaftlichen Verbandsleitungen der sozialdemokratischen Partei, die sich mit den durch die wirtschaftliche Not entstandenen Aufgaben für die Partei befaßte. Zu dem Aufruf wird die Arbeiterschaft vor dem Versuch einer gewaltsamen Lösung gewarnt, der nur die vollständige Vernichtung des Wertes der Krone, den vollständigen Zusammenbruch der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung und die Kontrolle durch fremde Bajonette bewirken könne. Zugleich wird die Regierung aufgefordert, mit der Durchführung der von der Sozialdemokratischen Partei aufgestellten Forderungen — Enteignung der Goldwerte zur Tilgung des Staatshaushalts, Rationierung der Lebensmittel, Verbot der Luxuseinfuhr — nicht länger zu zögern. Schließlich wird der sofortige Zusammentritt des Nationalrats gefordert, damit auf dem Boden des Parlaments festgestellt werde, ob der gegenwärtige Nationalrat fähig sei, die unaufschiebbare Wendung der gesamten Wirtschafts- und Finanzpolitik Oesterreichs zu vollziehen. Wenn ja, so könne für die Sozialdemokratische Partei eine teilweise Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien das Mittel sein, die Republik und ihre Volkswirtschaft aus der Gefahr zu retten. Andernfalls bliebe trotz aller Bedenken kein anderer Weg als die schleunige Durchführung von Neuwahlen, um die Wählermassen selbst entscheiden zu lassen.

Reichsfarben im Saargebiet verboten.

Saarbrücken, 24. August. (DA.) Die Regierungskommission hat bekanntlich durch Verordnung vom 28. Juli 1920 eine eigene Flagge für das Saargebiet mit den Farben blauweißschwarz eingeführt, deren Rechtsgültigkeit kürzlich der Münchener Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Frank bestritten hat. Jetzt hat die Regierungskommission durch eine neue Verordnung, gezeichnet vom englischen Regierungsmitglied, den Kanadier R. G. Waugh, bestimmt: „Das Beflaggen in anderen Farben, außer in deutschen oder bayerischen, ist nicht gestattet."

Die neue Beamtenbewegung.

Von Albert Falkenberg

Der soeben beendete 2. Kongreß der Postinternationale hat nicht nur die in beamtenpolitischer Beziehung gehegten Erwartungen erfüllt, sondern sich darüber hinaus als Schrittmacher der fortschrittlichen Beamtenbewegung erwiesen. Die Vertreter der der IPTT. angeschlossenen Länder werden, jeder für sich, vom eigenen Standpunkt die Beratungsergebnisse für ihre nationale Bewegung verarbeiten müssen, wenn sie einen Gewinn aus der Tagung erzielen wollen. Auch von den deutschen Vertretern wird man erwarten dürfen, daß sie aus den gewonnenen Erkenntnissen die Nutzanwendung für die eigene Bewegung ziehen werden.

Internationale Kongresse sind doch wohl an erster Stelle berufen, die Angleichung der in den einzelnen Ländern vertretenen Grundsätze zu erreichen. Wenn also in einer einstimmig zur Annahme gelangten Entschließung der Kampf gegen die Reaktion, die die Lage des Personals der PTT. aller Länder bedroht, beschlossen wird, dann kann das auch für die deutschen Postbeamten nur heißen, daß sie ihre nationale Bewegung auf Abwehr unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel einstellen.

Wenn weiter in einer anderen Entschließung für den Weltfrieden eingetreten wird, dann muß dieser Willenskundgebung naturgemäß eine Praxis folgen, die die Möglichkeit schafft, neue Kriege zu verhindern. Dieses Ziel läßt sich wiederum nur erreichen, wenn die beamtenpolitischen Forderungen mit den allgemeinpolitischen Forderungen fortschrittlicher Richtung in Einklang gebracht werden. Schließlich bedeutet das aber nichts anderes, als sich im Sinne einer internationalen Richtung zu orientieren, die das gleiche Ziel verfolgt.

Ob zu diesem Zwecke der Anschluß z. B. an die Amsterdamer Internationale erfolgen muß, ist so lange eine Frage der Taktik, als Organisationen in der IPTT. vorhanden sind, die diesen Anschlußgedanken ablehnen. In kluger Erkenntnis der mit dieser Frage verknüpften Gefahr der Spaltung ist der Kongreß einer Entscheidung ausgewichen. Nach wie vor gilt Artikel 11 der Satzung, der vorschreibt, daß die IPTT. in großen Arbeitnehmerfragen „Hand in Hand mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam" zu arbeiten hat. Der Kongreß hat, auf dem Boden der Tatsachen stehend, die Notwendigkeit praktischer Arbeitsleistung aller Theoretisiererei vorangestellt.

Das Streben, die Neutralität um jeden Preis zu erhalten, hat bei der Beratung des Antrages der russischen Delegation um Aufnahme in die IPTT. sogar zu dem scheinbaren Widersinn geführt, daß sich Vertreter von Ländern, die den Anschluß an die gemäßigte Amsterdamer Internationale ablehnen, für die Aufnahme der nach Moskau orientierten Russen bereit finden ließen. Und doch wollten sie mit ihrer Stellungnahme zu dem russischen Antrage nur den Beweis strengster Neutralität erbringen. Daß die Aufnahme der Russen gegen eine starke Minderheit abgelehnt werden konnte, ist vornehmlich in der bolschewistischen Taktik der Moskauer Internationale begründet, die bisher in der ganzen Welt nur die Zersplitterung und damit die Schwächung der Arbeitnehmerbewegung herbeigeführt hat. Auch die zweifellos ehrlich gemeinte Erklärung der russischen Vertretung, sich nicht nur den Satzungen der IPTT. zu fügen, sondern auch die Versöhnung zwischen Amsterdam und Moskau anzustreben zu wollen, konnte angesichts der in allen Ländern verheerend wirkenden Moskauer Taktik keinen Umschwung der Stimmung zugunsten der Russen bewirken.

Wenn schon die auf dem Kongreß erörterten, mehr politisch als beamtenpolitisch gerichteten Grundsatzfragen die fortschrittliche Tendenz des Beamteninternationalismus offenbarten, dann waren die Referate vielleicht noch stärker auf diesen Ton gestimmt. Vor allem läßt sich das behaupten von dem Referat des Engländers über „Fortschritte auf dem Gebiete der Betriebskontrolle". Fußend auf der Einrichtung der englischen Whitleyräte hat der Berichterstatter das Ziel der Betriebskontrolle gezeichnet. Er hat aber in seinem Bericht nicht verschwiegen, daß auch die englische Regierung — ganz wie die deutsche — nicht geneigt ist, dem Verlangen des Personals der Post- und Telegraphenbetriebe in wesentlichen Punkten entgegenzukommen. Der Berichterstatter fällte auf Grund praktischer Erfahrungen ein hartes, zweifellos aber gerechtes Urteil über die bisherigen Verwaltungsmethoden, und er charakterisierte den „Ruf nach Kontrolle" treffend, wenn er ihn kennzeichnete als den „Ausdruck des Protestes der Angestellten im ganzen Lande gegen die unaufhörliche Bedrängnis einer bureaukratischen Betriebsführung, die die Arbeit als Ware behandelt".

Diese Kennzeichnung trifft in hohem Maße auch für Deutschland zu. Wie aber, muß man sich fragen, soll eine Aenderung eintreten, wenn die Beamtenschaft selbst so wenig wie bisher den Kern des Beamtenrätegesetzes erfaßt, und wenn gar Reichstagsabgeordnete, die dem Beamtenstande angehören, davor warnen, den Beamten die gleichen Rechte im Beamtenrätegesetz zu gewähren, wie sie den Arbeitern und Angestellten

im Betriebsrätegesetz längst zuerkannt worden sind? Vielleicht hat gerade die Erläuterung des Gedankens der Betriebskontrolle von englischer Seite die Vertreter der deutschen Postbeamtenschaft erkennen lassen, wie die fortschrittliche Beamtenbewegung das Problem anzufassen hat, um eine zeitgemäße Lösung herbeizuführen.

Was hier von der Bearbeitung der Frage der Betriebskontrolle gesagt wurde, gilt grundsätzlich auch für die Lohnfrage. Sie ist mehr als eine Frage der Abgeltung geleisteter Arbeit, sie wird zum Problem, wenn man sie in ihrer ganzen Tiefe zu erfassen sucht. Ein Problem, das sich niemals außerhalb der Zusammenhänge mit den großen Wirtschaftsfragen wird lösen lassen. Der einstimmige Beschluß des Kongresses, die Lohnfrage auf dieser Grundlage weiter zu behandeln, kann nicht ohne Einfluß auf die Politik der deutschen Beamtenorganisationen bleiben. Sie müssen ihre Lohn- und Gehaltspolitik als Frage betrachten, die ohne Fühlungnahme mit den übrigen Arbeitnehmerschichten nicht erfolgreich gelöst werden kann. Dieser Tatsache muß auch die deutsche Beamtenbewegung Rechnung tragen, indem sie ein Bündnis mit der Arbeiter- und Angestelltenbewegung eingeht, das nicht nach parteipolitischen, sondern allein nach gewerkschaftlichen Gesichtspunkten orientiert ist.

Diese kurzen Ausführungen mögen genügen, um zu beweisen, in welch enger Wechselwirkung nationale und internationale Beamtenpolitik zu einander stehen und wie notwendig es ist, die Beamtenbewegung der einzelnen Länder nach den Grundsätzen der internationalen Beamtenbewegung zu orientieren. Beamtenpolitik ist längst nicht mehr die Angelegenheit eines einzelnen Berufsstandes, sondern des ganzen Volkes. Wenn aber feststeht, daß das Leben der Völker im Zeitalter gesteigerten Verkehrs immer enger verwächst zur Wirtschafts- und Kultureinheit, dann sollten allen voran die Träger des Verkehrs den von ihnen anerkannten Beamteninternationalismus dazu benutzen, ihre nationale Bewegung vorbildlich zu gestalten im Sinne von Fortschritt und Freiheit.

Die bayerische Verordnung aufgehoben!

München, 24. August. (WTB.) Die aus Anlaß der Schutzgesetzgebung seitens der Reichsregierung von der bayerischen Regierung erlassene Notverordnung vom 24. Juli ist mit Wirkung vom 24. August aufgehoben worden.

Die Aufhebung der verfassungswidrigen bayerischen Verordnung ist der Erfolg, den die Reichsregierung aus ihren Verhandlungen mit Bayern zu buchen hat. Dieser Erfolg ist freilich nicht zu überschätzen, weil die Reichsregierung im Notfalle die bayerische Verordnung auch selber hätte außer Kraft setzen können. Aber natürlich war es im Interesse eines friedlichen Ausgleichs besser, wenn die bayerische Regierung von sich aus die Verordnung aufhob. Denn anderenfalls hätte der bayerische Partikularismus ein Geschrei über die „Vergewaltigung Bayerns" erhoben und sich dieses Agitationsstoffes zum Kampfe gegen den deutschen Einheitsgedanken bemächtigt.

Auf der anderen Seite muß man sich freilich fragen, ob dieser Erfolg nicht sehr teuer bezahlt ist. Unsere Bedenken gegen die süddeutsche Kammer des Staatsgerichtshofes, wie sie auf Bayerns Verlangen zugestanden wurde, sind hier schon zum Ausdruck gebracht worden. Darüber hinaus muß der Kommentar, mit dem die amtliche bayerische Verlautbarung dieses Zugeständnis versieht, Zweifel erwecken, ob der Konflikt wirklich beigelegt oder nicht nur vertagt ist. Noch mehr weist das Verhalten der in München verbarrikadierten monarchistischen Reaktion darauf hin, daß sie den Kampf gegen die republikanische Verfassung nicht ruhen lassen und eine endgültige Auseinandersetzung mit ihr doch einmal erzwingen wird.

Angesichts der ungeheuer schwierigen außenpolitischen Lage, angesichts der Drohungen Poincarés und des sie begleitenden katastrophalen Marksturzes ist es allerdings begreiflich, daß die Reichsregierung auch um den Preis schwerer Opfer eine Entspannung der innerpolitischen Situation angestrebt und erreicht hat.

Auf der bayerischen Regierung lastet nun eine schwere Verantwortung. Sie hat zu zeigen, daß die von ihr durchgesetzte Rücksichtnahme auf „bayerische Hoheitsrechte" nicht die Verewigung eines gesetzlosen Treibens in ihrem Machtbereich bedeutet. Nur wenn die bayerische Regierung die ihr gewährten Konzessionen benutzt, um von sich aus den reaktionären Kampf-, Mord- und Verschwörerorganisationen in München und Oberland ein Ende zu bereiten, nur dann kann die jetzige Lösung des Konflikts eine dauernde sein.

Ludendorffs Geständnis.

Kampforganisationen gegen die Republik.

Das „Echo de Paris" veröffentlicht eine Unterredung seines Korrespondenten mit dem General Ludendorff. Auf die Frage des Korrespondenten, ob die militärischen Sonderorganisationen Deutschlands gegen Frankreich gerichtet seien, erklärte Ludendorff, daß diese Auffassung für ihn unverständlich sei. **Diese Organisationen hätten nur den Zweck, Deutschland gegen eine bolschewistische Revolution zu schützen.**

An dieser Erklärung ist zweierlei interessant: Ludendorff gesteht die Existenz militärischer, d. h. bewaffneter und militärisch organisierter Kampfverbände der Reaktion zu. Wenn er als deren Zweck die Abwehr der „bolschewistischen Revolution" bezeichnet, so wissen wir hinlänglich, daß dieses Schlagwort der Deckmantel für alle Bestrebungen gewesen ist, die in Wirklichkeit auf den Sturz der Republik hinausliefen. Unter der Maske des Kampfes gegen die bolschewistische Revolution organisierten Kapp und Lüttwitz ihr hochverräterisches Unternehmen; unter der gleichen Maske tat sich die Mörderorganisation C zusammen, die den Kampf gegen den Bolschewismus in Gestalt der Ermordung republikanischer Staatsmänner führte. Ludendorffs Geständnis ist ein wertvolles Dokument, falls die Rechte einmal wieder die Existenz von einer Kampforganisation gegen die Republik abzuleugnen sucht.

Falsche Alarmgerüchte.

Die Meldung einer Mittagszeitung, wonach die Vertreter der Reparationskommission angebliche deutsche Vorschläge zur Reparationsfrage als lächerlich abgelehnt haben und die Berliner Beratungen als gescheitert zu betrachten sind, ist völlig aus der Luft gegriffen. Zurzeit verhandeln die Herren Bradbury und Mauclère erneut mit dem Reichskanzler Dr. Wirth. Nach dem Stand der Verhandlungen von gestern abend liegt nach amtlicher Erklärung zur Beunruhigung absolut keine Veranlassung vor; man kann allerdings noch nicht mit Bestimmtheit von einer bevorstehenden Einigung sprechen. Im Augenblick sind die Vertreter der Reparationskommission mit der Prüfung der deutschen Verhältnisse beschäftigt.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt: Im Laufe des heutigen Vormittags sind von einer Berliner Korrespondenz über den Stand der Reparationsverhandlungen Mitteilungen veröffentlicht worden, die im wesentlichen nicht nur unrichtig sind, sondern auch bitter wenig Verantwortungsgefühl für die augenblickliche Lage erkennen lassen. Es ist unrichtig, daß die Aussichten auf Verständigung „sehr gering" sind. Selbstverständlich sind die Beratungen unverbindlich und sollen der Reparationskommission lediglich als Grundlage ihres Beschlusses über das deutsche Stundungsgesuch dienen. Bisher kann der Ausgang dieser unverbindlichen Besprechungen weder optimistisch noch pessimistisch gekennzeichnet werden. Sicher ist, daß sowohl Sir Bradbury als auch der französische Vertreter Mauclère ernsthaft bemüht sind, einen Ausweg zu finden, der für beide Teile annehmbar ist. Daß sich hierbei Schwierigkeiten ergeben, sollte an und für sich als selbstverständlich erscheinen.

Der deutsche Vermittlungsvorschlag, der darauf hinausläuft, einen Goldfonds von fünfzig oder weniger Millionen in Berlin als Sicherheitsleistung für unsere Holz- und Kohlenlieferungen der Reparationskommission zur Verfügung zu stellen, ist weder von Bradbury noch Mauclère als undiskutabel bezeichnet worden. Im Gegenteil. Beide haben sich ernsthaft mit diesem Vorschlage beschäftigt.

Heute vormittag tagte das Reichskabinett, um sich mit dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen nochmals zu befassen. Darauf empfing der Reichskanzler die Vertreter des Wiedergutmachungsausschusses, die sich inzwischen mit dem deutschen Vorschlag beschäftigt hatten.

•

Die schwere Schädigung der elsässischen Wirtschaft durch Herrn Poincarés Retorsionen zwingt ihn zum Rückzug. Das Generalkommissariat in Straßburg veröffentlicht folgende Mitteilung:

Der Oberkommissar wurde heute vom Ministerpräsidenten empfangen. Er unterrichtete ihn über die Frage der Ausweisungen und der Sequestierungen, die sich aus der Entscheidung vom 5. August über die deutschen Guthaben in Banken und Finanzinstituten ergeben. Da sich die Frage der Ausgleichszahlungen auf dem Wege zu einer gütlichen Regelung befindet, werden die Retorsionsmaßnahmen aufgehoben werden. Infolgedessen wird die den Banken mitgeteilte Verpflichtung, die deutschen Guthaben zurückzuhalten, aufgehoben werden. Die Maßnahmen gegen die Deutschen, die am 12. August ausgewiesen wurden, bleiben bestehen. Eine spätere Mitteilung wird den Termin bekanntgeben, an welchem der Beschluß über die deutschen Guthaben aufgehoben wird.

Der unmenschliche Racheakt an denjenigen ganz unverdächtigen Reichsdeutschen, die selbst von der pogromhaften Massenaustreibung der ersten Zeit französischer Herrschaft im Elsaß verschont geblieben sind, bleibt bestehen: ein Denkmal der Schande und ein Zeugnis der unablässigen Agitation der französischen Regierung für die deutschmonarchistischen Revanchehetzer.

In Paris wird viel von ernster Situation, Ergebnislosigkeit der Berliner Verhandlungen und Festhalten Poincarés an Verpfändung der Staatszechen im Ruhrgebiet und der linksrheinischen Staatsforsten für die Gewährung eines Zahlungsaufschubs geschrieben.

Aus Brüssel meldet Havas, daß unser Genosse Louis de Brouckère zum Vertreter Belgiens beim Völkerbund ernannt sei. Die belgische Politik im Völkerbund wird zwar von der Regierung und ihrem Vertreter im Völkerbundrat bestimmt, das soll uns aber nicht hindern, diese Ernennung aufrichtig zu begrüßen. Genosse de Brouckère, der Leiter unseres Brüsseler Parteiblattes, kennt Deutschlands Nöte und Sorgen. Wir haben öfter die Freude, ihn bei uns zu sehen — auch in den Tagen des Kapp-Putsches war er mit anderen ausländischen Genossen in Berlin — und wir wissen, daß er mit uns fühlt. Er wird sicherlich im Völkerbund für Abbau des Hasses und Gerechtigkeit wirken; mehr fordern wir nicht.

Eine falsche Rechnung Poincarés.

Rom, 24. August. (TU.) Die zahlenmäßige Darstellung der interalliierten Kriegsschulden, die Poincaré bei seiner Rede in Bar-le-Duc angeführt hat, erklärt „Gazette del Popolo" für nicht richtig. Nach Erkundigungen an maßgebender italienischer Stelle behauptet die Zeitung versichern zu können, daß die französischen Schulden an Italien sich mit den italienischen Schulden an Frankreich nicht nur ausgleichen, sondern, daß nach den letzten Berechnungen die französischen Verpflichtungen an Italien sogar mit 200 000—300 000 Franken überwiegen.

Gegen das Verbot kommunistischer Blätter. Das Verbot der „Hamburger Volkszeitung" erfolgte auf Grund eines Artikels „Arbeiter, Euer Präsident ist da!", der anläßlich der Anwesenheit des Reichspräsidenten veröffentlicht wurde und der einer gemeinen Pöbelei gleichkam. Trotzdem nimmt das „Hamburger Echo", unser Parteiorgan, gegen das Verbot Stellung, weil eine ganze Reihe reaktionärer Blätter, die sich ebenfalls unverschämte Rüpeleien in letzter Zeit erlaubt haben, unbestraft geblieben sind. So ist z. B. die für Schleswig-Holstein auf sechs Monate verbotene Zeitschrift „Fridericus", die in München herausgegeben wird, in Hamburg immer noch freigegeben. Unter diesen Umständen fordere die Arbeiterschaft Groß-Hamburgs die Aufhebung des Verbotes, zumal die „Volkszeitung" nur von einem ganz verschwindend kleinen Teil der Arbeiter gelesen werde und durch das Verbot dem Blatt mehr genützt als geschadet würde.

Die neuen 500-Mark-Scheine.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Aus einem Zeitungsaufsatz: .... In die rechte, teilweise himmelblau gefärbte Seite sind dunkelrote Fasern eingewirkt, nicht aufgeklebt. Beim Gegen-das-Licht-halten entdeckt man Wasserzeichen, die aus feilartig verschlungenen Bändern bestehen, von denen das helle die dunkle und das dunkle die helle Wertzahl „500 M." trägt. ...

Ein Freund der Sauberkeit: Auf dem weißen Papier sieht man den Schmutz sehr gut. Hoffentlich werden die dreckigen 500-Mark-Scheine schneller aus dem Verkehr zurückgezogen, als es bei dem anderen Papiergeld der Fall ist.

Der Falschmünzer: Was, neue 500-Mark-Scheine hast du täuschend ähnlich nachgemacht? Darauf brauchst du dir gar nichts einzubilden! Die kann jeder Schuljunge fälschen!!

Der Antisemit: Der freie Platz auf der Vorderseite und die vollständig leere Rückseite eignen sich fein zum Anbringen von Hakenkreuzen und verleumderischen Notizen über die neue Zeit!

Aus einem Gesuch: .... Infolge Nichtkennens derselben hielt ich zwei der neuen Scheine für wertlose Zettel und warf sie in den Papierkorb, aus welchem sie nach erfolgter Leerung unwiederbringbar verschwunden sind. Um Ersatz der 1000 M., die ich aus eigener Tasche bezahlen muß, bitte ich hiermit untertänigst. ....

Der Protz: Junge, bist du denn verrückt? Du willst zum Geburtstag weiter nichts als einen Notizblock haben?! — Halt, mir fällt was ein! Ich lasse dir einen aus lauter 500-Mark-Scheinen machen!!

Ein kleiner Beamter: Wie die Scheine aussehen, ist mir vollständig gleich! Wenn ich nur recht viel davon bekomme!

Der Mathematiklehrer: Wieviel Goldmark gilt dieser 500-Mark-Schein, wenn der Dollar (Friedenswert 4,20 M.) auf 1200 steht?

Polizeiverordnung: Das Bemalen, Beschreiben usw. der freien Stellen auf den neuen 500-Mark-Scheinen wird mit Ungültigkeitserklärung bzw. Beschlagnahme derselben geahndet, sofern nicht nach der in Betracht kommenden Bestimmungen des RStrG. härtere Strafen verwirkt sind.

Ein Angeheiterter: He, Sie, Kellner! Gucken Sie doch mal nach, ob das hier — ein Straßenbahnfahrschein ist — — oder so ein — neuer — — 500-Mark-Schein!!

Ein Mißtrauischer: Nein, mein Lieber! Den Zettel nehme ich nicht! Geben Sie mir lieber fünf einzelne Hundertmarkscheine dafür!

Scherzfrage: **Welcher Unterschied ist zwischen einem neuen 500-Mark-Schein und drei alten Groschenmarken?**

(Antwort: 499,70 Mark.)

Der Nörgler: Schön sehen die neuen Scheine nicht aus. Aber ihre Aufmachung ist lange noch gut genug für das bißchen Kaufkraft, das sie noch haben!

Der Postreklamemensch: Die freien Stellen auf den 500-Mark-Scheinen müssen zu Reklamezwecken verwendet werden!

Der Höhlenreichtum des Harzes. Deutschlands größte Höhle — die Barbarossahöhle bei Frankenhausen am Kyffhäuser, eigentlich die „Falkenburger Höhle" genannt — ist unlängst an die zweite Stelle gerückt. Den ersten Platz nimmt jetzt die bereits seit dem Mittelalter in der Nordhäuser Gegend bekannte und oft in alten Schriften und Chroniken erwähnte Höhle „Heimkehle" ein, die seit einigen Monaten voll erschlossen worden ist. Die Entwässerungsarbeiten und Wegeanlagen sind jetzt größtenteils vollendet und der Besuch der Gesamthöhle möglich.

Die neue Höhle liegt in unmittelbarer Nähe der bekannten großen Barbarossahöhle, die nur etwa 10 Kilometer entfernt, durch die Hainleite getrennt, sich auf der Thüringer Seite des Kyffhäusergebirges — wie im Volksmunde die Hainleite heißt — befindet. Nachbarschaft hält die „Heimkehle" auch mit weiteren, sehenswerten großen Höhlen des Harzes, an dessen Südabhange, östlich von Nordhausen, zwischen Rottleberode und dem Bahnhofe Ufftrungen sie liegt. Zu erwähnen sind besonders von den Nachbarhöhlen in Rübeland: Hermanns- und Baumannshöhle, dann die Bielshöhle und die Einhornhöhle bei Scharzfeld (Scharzfelder Höhle). Sonst besitzt Deutschland an bemerkenswerten großen Höhlen nur noch wenige: Die Dechenhöhle in Westfalen, die Höhle bei Muggendorf in Franken, die Nebenhöhle bei Pfullingen in Schwaben, die bei Saalfeld in Thüringen neu entdeckte Tropfsteinhöhle und noch weitere kleinere. Eine Höhlenansammlung wie im Harz ist nirgends zu beobachten.

Die Heimkehle übertrifft die bisherige größte Höhle Deutschlands und zwar auch darin, daß sie mehrere Seebecken enthält. Im wesentlichen zerfällt sie in drei Haupträume. Die Beleuchtung ist wie bei der Barbarossahöhle elektrisch, und die farbenschillernden Seebecken werden noch eine besondere Beleuchtung erfahren, die den großartigen Eindruck des unterirdischen Wassers steigern soll. Die Höhlenräume haben eine Breite von etwa 10 bis 100 Meter und eine Höhe von 10 bis 30 Meter und die Gesamtlänge des bisher erschlossenen Teiles beträgt reichlich 1000 Meter. Die Teiche sind sehr tief und besitzen außerordentlich klares Wasser, das bei bengalischer Beleuchtung in den wundervollsten Farbentönen schillert.

Sommerfrische. Daß das anheimelnde Wort „Sommerfrische", wenn man nach der Dauer der Sprache rechnet, noch verhältnismäßig jung ist, wird kaum bekannt sein. Gehen wir von der Bedeutung Erholungsaufenthalt auf dem Lande im Sommer aus, so finden wir es gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Wörterbüchern als österreichisch angeführt, aber schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts begegnet man es in Tirol. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird es dann ein häufigeres Wort der Reiseschriftsteller, bis es sich beim Publikum eingebürgert. 1838 erscheint es bei Beda Weber zuerst in dem Sinne „Ort des Erholungs- oder Sommeraufenthalts, vor allem für Städter". So wendet es der „Kladderadatsch" ironisch im Jahre 1865 an, wo er schreibt: „Viktor Emanuel zieht aus Turin und geht, bis seine Wohnung von den Franzosen ausgetrocknet ist, nach Florenz in die Sommerfrische". Den Abschluß hat die Geschichte des Wortes dann durch die Bildung der Ableitung „Sommerfrischler" gefunden, die uns z. B. vor einem Vierteljahrhundert bei Karl Bleibtreu entgegentritt.

Ein Weltbund gegen die Krankheit. Die Hygiene-Schule, die in London durch die große Schenkung des Rockefeller-Institutes im nächsten Jahr eröffnet werden wird, ist ein Glied in dem großen Weltbund gegen die Krankheit, der von Amerika aus geschaffen werden soll. Wie amerikanische Blätter berichten, werden ähnliche Hygiene-Institute in Baltimore, Boston, Prag, Warschau, Kalkutta und noch anderwärts gegründet werden. (Deutschland und Oesterreich scheinen danach immer noch gebojkottet zu werden.) Die Gesundheitskommission des Völkerbundes, die mit den Roten-Kreuz-Gesellschaften zusammenarbeitet, will bei den Regierungen durchsetzen, daß „Hygiene-Attachés" in die verschiedenen Länder gesandt werden. Gegen die Pest und andere Krankheiten sollen an den Grenzen von Rußland, im Hedschas, in Konstantinopel und am Roten Meer besondere Vorposten geschaffen werden. Die Gesundheitsstatistiken werden vervollkommnet, und man will nach Möglichkeit an Stelle der heilenden Medizin eine Weltorganisation der vorbeugenden Medizin setzen.

Der Verfall des russischen Schulwesens. Die Moskauer sowjetamtlichen „Iswestija" (Nr. 183) bringen unter der Ueberschrift „Werden wir in diesem Jahr eine Schule haben?" einen überaus scharfen Artikel, worin das Darniederliegen des Schulwesens im Sowjetstaate gebrandmarkt wird. Die Schule in Sowjetrußland, so heißt es in dem Artikel, befinde sich im Zustande äußersten Verfalls. Die Lehrer in Moskau erhalten Hungergehälter von 25 Millionen Rubel monatlich, und noch dazu mit beträchtlichen Verspätungen, während das Dreifache bei den heutigen Lebensverhältnissen kaum genügen würde. In der Provinz sei die materielle Lage der Lehrerschaft noch schwerer. Die Folge davon sei das äußerst niedrige Niveau der heutigen russischen Lehrerschaft, ein Sinken des allgemeinen Bildungsstandes und eine Zunahme des Analphabetentums. Der Artikel erklärt, es sei wirklich an der Zeit, im sechsten Jahre der Sowjetherrschaft endlich einmal den Volksbildungsfragen die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.

„Die kleine Sünderin" von Gilbert gelangt von heute an im Theater am Kurfürstendamm zur Aufführung.

Die Deutsche Tropenmedizinische Gesellschaft hat anläßlich der Ueberlee-Woche in Hamburg zum ersten Male nach Ausbruch des Weltkrieges vom 17. bis 19. August im Hamburger Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten eine Tagung veranstaltet, die in einem reichhaltigen Programm wertvolle Ergebnisse zeitigte.

„Das Tage-Buch" (Herausgeber Stefan Großmann) kündigt seine nächste Nummer als Amerika-Sondernummer an.

Die deutsche Hochschule für Politik wird für die deutsche Presse wieder einen außenpolitischen Kursus in Goslar in der zweiten Hälfte des Oktober veranstalten.

Das Moskauer Urteil ungültig!

Die Verteidiger des Moskauer Urteils gegen die Sozialrevolutionäre behaupten, daß das Urteil den Anschauungen des „Volkes" entspreche, das durch seine Demonstration vom 20. Juni und seine Delegationen vor Gericht seinem Zorn und seiner Empörung Ausdruck gegeben habe. Ganz abgesehen davon, daß diese Demonstration eine sorgfältig vorbereitete kommunistische Mache gewesen ist, bietet diese Einmischung in das Gerichtsverfahren selbst vom Standpunkt der Sowjetjustiz einen vollkommen ausreichenden Grund zur Kassierung des Urteils. In den „Anweisungen an die Kassationskollegien des Obersten Tribunals über die Ursachen zur Aufhebung von Urteilen" (Moskau 1922) heißt es:

Zur Herbeiführung der Gleichartigkeit der Kassationsbeschlüsse bei den Kassationskollegien des Obersten Tribunals hat das Plenum des Obersten Tribunals beschlossen: Unabhängig vom Inhalt der Kassationsklagen ist es unbedingt notwendig, das Urteil aufzuheben, ... wenn zur Teilnahme am Prozeß Personen zugelassen worden sind, die von den prozessualen Normen nicht vorgesehen sind, d. h. Personen mit Ausnahme der Mitglieder des Gerichts, der Angeklagten, der Ankläger, der Verteidiger, der Zeugen und der Sachverständigen, ferner in allen Fällen, wenn während der Gerichtsverhandlung Momente zugelassen sind, die von denselben prozessualen Normen nicht vorgesehen sind, und die auf das Wesen des Urteils Einfluß hatten oder haben konnten.

Diese Bestimmung ist vollkommen klar. Das Auftreten von Delegationen vor Gericht und der Austausch von Reden zwischen ihnen und Mitgliedern des Gerichts, wie im Moskauer Prozeß, sind nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Sowjetjustiz ein „Moment", das die unbedingte Aufhebung des Urteils nach sich ziehen muß. Seine Aufrechterhaltung kann nur den Abgrund vertiefen, der sich zwischen den herrschenden Kreisen Sowjetrußlands und dem Proletariat der ganzen Welt aufgetan hat.

Die Herrscher werden unruhig.

Die Mitglieder des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees, die ihren Wohnsitz in der Provinz haben, verlangten vom Präsidium die sofortige Herausgabe des vollständigen stenographischen Berichtes über den S.-R.-Prozeß, damit diese Broschüre unverzüglich unter der Bevölkerung, insbesondere auf dem flachen Lande, verbreitet werden könne, die in Verbindung mit dem Prozeß allen möglichen Legenden Glauben schenken, was Unruhe und Erbitterung gegen die Vertreter der Sowjetgewalt und gegen die Kommunistische Partei hervorrufe.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands hatte allen kommunistischen Zellen Moskaus vorgeschrieben, am Sonnabend, den 19. August, Arbeiterversammlungen zu veranstalten, in denen die Gründe dargelegt werden sollten, die zur Bestätigung des Urteils gegen die Sozialrevolutionäre geführt hatten. Ungeachtet des Feiertages und der Zusicherung freier Diskussion fanden die Versammlungen nicht statt, weil sich keine Teilnehmer eingefunden hatten.

Eine Delegation der Arbeiter, die infolge der Produktionseinschränkungen im zentralrussischen Industriegebiet entlassen worden sind, wandte sich an den Vorsitzenden des Allrussischen Zentralkomitees Kalinin mit einem Gesuch, in dem es heißt:

Der zunehmende Ruin der russischen Industrie, durch den in den letzten drei Monaten 180 000 ständig beschäftigte Arbeiter auf das Pflaster geworfen worden sind, kann nur dann aufgehalten werden, wenn zur Wiederherstellung der Staatswirtschaft das ganze Volk und nicht

die Krippenjäger

einer Partei herangerufen wird, und wenn dieser Wiederaufbau vor sich geht zu den Bedingungen eines wirklich freien staatsbürgerlichen Lebens, die jedem Bürger der Republik, unabhängig von seiner Zugehörigkeit zur herrschenden Partei, ein Maximum an persönlichen politischen Rechten gewähren. Deshalb bitten wir die Regierung, uns die Einberufung eines allgemeinen Arbeiterkongresses zu gestatten, (!) wo sie die Stimme der wirklichen Staatsbürger hören würde, und nicht die der Krippenjäger der russischen kommunistischen Partei, die stets im Namen der Arbeiter und Bauern auftritt, die ihr diese Vollmacht keineswegs gegeben haben.

Die Hungerkrawalle in Kattowitz.

Kattowitz, 24. August. (WTB.) In einer unter dem Vorsitz des Wojwoden Rymer abgehaltenen Konferenz der Regierungsvertreter mit Vertretern von Industrie, Kaufmannschaft, Gewerbetreibenden und Gewerkschaften forderte der Direktor des Berg- und Hüttenmännischen Vereins die Beseitigung der hohen Einfuhrzölle für Rohmaterialien und Maschinenteile, sowie der 40prozentigen Kohlensteuer. Handelsminister Straßburger lehnte die Beseitigung der Kohlensteuer ab. Die Zollfrage wurde in Erwägung gezogen. — Auch gestern noch drang der Pöbel, wenn er sich nicht beobachtet glaubte, in die Wohnungen jüdischer Geschäftsleute ein, mißhandelte die Juden, zerschlug und raubte, was ihm in die Hände fiel. Die Sicherheitsbehörde ist bisher noch nicht völlig Herr der Lage.

Beuthen, 24. August. (WTB.) Unter den jüngsten Ausschreitungen in Kattowitz hatte auch ein amerikanischer Bürger zu leiden, der in einem Telegramm an die amerikanische Botschaft in Berlin folgendes berichtet: Ich, der amerikanische Bürger Oskar Haas aus Brooklyn, wurde auf der Durchreise von Warschau nach Amerika in Kattowitz verprügelt und beraubt. Schutz von der polnischen Polizei vermochte ich, trotzdem ich mich als Amerikaner auswies, nicht zu erlangen. Polizeibeamte haben mich ebenfalls geprügelt und beraubt. Ich bin nach Beuthen geflüchtet und ersuche um sofortigen Schutz.

Devisenkurse.

Die amtliche Kurstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	24. August		23. August	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden . .	76908.75	77096.25*	56329.50	56470.50
1 argentinischer Papier-Peso	716.10	717.90	52232.50	52367.50
100 belgische Frank	14581.75	14618.25*	10886.35	10913.65
100 norwegische Kronen . .	33967.50	34042.50	25118.55	25181.45
100 dänische Kronen	42696.55	42803.45	31260.85	31339.15
100 schwedische Kronen . . .	52534.25	52665.75	38352.—	38448.—
100 finnische Mark	4194.75	4205.25	8096.10	8103.90
1 japanischer Yen	—	—	694.10	695.90
100 italienische Lire	—	—	6466.90	6483.10
1 Pfund Sterling	8838.90	8861.10*	6466.90	6483.10
1 Dollar	1972.53	1977.47*	1438.20	1441.80
100 französische Frank . . .	—	—	11435.65	11464.35
1 brasilianischer Milreis . .	—	—	188.76	189.24
100 Schweizer Frank	—	—	27565.50	27634.50
100 spanische Pesetas . . .	—	—	22596.70	22653.30
100 österr. Kronen (abgest.)	1.98	2.02	1.68	1.72
100 tschechische Kronen . . .	6441.90	6458.10*	5068.65	5081.35
100 ungarische Kronen . . .	99.87	100.13	84.89	85.11
100 bulgarische Lewa . . .	1148.55	1151.45	808.95	811.05

* Bedeutet repartiert.

Widerspenstigkeit — oder was sonst?

Am 3. August meldeten wir, daß endlich der Reichspostminister durch einen Erlaß allen Postbeamten die völlige Austilgung der monarchischen „Hoheitszeichen" aus postamtlichen Hausinschriften, Schriftstücken, Stempeln usw. unter Androhung von Strafen zur Pflicht gemacht habe. Heute müssen wir feststellen, daß noch am 8. August, wie uns jetzt mitgeteilt wird, die Postagentur Lutter im Eichsfeld einem Geldscheinpäckchen die unkorrigierte Verschlußmarke „Kaiserliche Postagentur" aufgeklebt hat. Ist das als „Widerstand gegen republikanische Einrichtungen" zu deuten, von dem der Erlaß des Ministers spricht, oder hatte die Postagentur Lutter noch am 8. August über den längst durch die Presse veröffentlichten Erlaß, der selbstverständlich auch für die Verwalter von Postagenturen gelten muß, keine amtliche Benachrichtigung erhalten? Der Reichspostminister hat weiter angeordnet, daß „Bildwerke, deren Verbleib in amtlichen Räumen als Widerspruch gegen die Republik angesehen wird", zu beseitigen sind. Nötig wäre, auch den Beamten anderer Verwaltungen das unter Androhung von Strafe zur unweigerlichen Pflicht zu machen. Im Berliner Kriminalgerichtsgebäude in der Turmstraße kann man das Zimmer 263 der Briefannahmestelle, das selbstverständlich ein Dienstraum ist, noch im „Schmuck" der Bilder von Wilhelm II und von Hindenburg sehen. Herunter damit! Aus der Preußischen Justizverwaltung wurde im „Vorwärts" schon öfter gemeldet, daß die monarchischen „Hoheitszeichen" noch nicht überall beseitigt sind. Wir erfahren jetzt wieder, daß noch am 20. Juli d. Js. auf einem vom Amtsgericht Stendal ausgefertigten Schein in einem Stempel das Gericht als „Königlich" bezeichnet war. Daß auch das Berliner Polizeipräsidium nicht längst alle Spuren seiner „Königlichen" Vergangenheit getilgt hat, ist unbegreiflich. Auf Pässen, die es ausfertigt, kann man immer noch Kronen des Königreichs und des Kaiserreiches bemerken. Im Ausland dürfte man sich darüber nicht wenig wundern. Auch die Kunstschule wird noch „Königlich" genannt in einer Inschrift an ihrem früheren Heim Klosterstr. 75, aus dem sie schon vor einigen Jahren nach der Grunewaldstraße übergesiedelt ist. Warum hat man nicht längst die ganze Inschrift beseitigt? Der Berliner Magistrat hat das im „Vorwärts" kürzlich „niedriger gehängte" Plakat der Gemeindeschule am Lausitzer Platz, das ihn noch „Magistrat hiesiger Königlicher Haupt- und Residenzstadt" schimpfte, jetzt abnehmen lassen. Bei dieser Gelegenheit empfehlen wir ihm, sich überhaupt mehr um die Schulhäuser zu kümmern. Uns wird nachträglich gemeldet, daß am Verfassungstag das Haus der Königstädtischen Oberrealschule in der Pasteurstraße ohne Flaggenschmuck blieb. Auch auf dem Haus der in der Pasteurstraße liegenden Gemeindeschulen 228 und 279 soll nicht geflaggt worden sein.

Der 6-Mark-Straßenbahntarif

dürfte infolge der rapiden Geldentwertung schon in den nächsten Tagen in Berlin zur Einführung gelangen. Um mit den anderen Berliner Verkehrsmitteln, Hochbahn und Stadtbahn, konkurrieren zu können, wird sich jedenfalls auch der bisher abgelehnte Staffeltarif als unumgänglich notwendig erweisen. Man denkt an kürzere Teilstrecken für 3 oder 4 M. Da ein Abstoppen in der Geldentwertung vorläufig nicht zu erwarten ist, wird auch der 6-M.-Tarif nicht von Dauer sein. Vom 1. September ab wird man sich bereits mit dem 8-M.-Tarif befreunden müssen.

In anderen deutschen Städten werden schon jetzt höhere Straßenbahnfahrpreise erhoben, z. B. in Leipzig 7 M., und in Hamburg hat die Verkehrsverwaltung dieser Tage für sämtliche Verkehrsmittel, Straßen- und Hochbahn, die Tarife auf 6, 8 und 10 M. erhöht.

Ueber Nacht!

Wie die Butter mit dem Dollar klettert.

Wir haben Gesetze gegen den Wucher, wir haben in Berlin sogenannte Wucherämter und Preiskontrolleure, aber trotzdem, noch nie hat die Nutznießerei auf Kosten der Arbeiter- und Angestelltenschaft derart geblüht, wie jetzt. Jeder Kaufmann, jeder Krämer ist ein eigener „Preiskontrolleur". Steigt der Dollar am Nachmittag, dann setzen sie über Nacht neue Preise fest, und erscheint über Mittag die „B. Z." mit einer weiteren Dollarsteigerung, dann muß sich der Konsument selbst zweimal am Tage eine willkürliche Steigerung der Lebensmittelpreise gefallen lassen.

Ein Leser unseres Blattes teilt uns ein Erlebnis mit, das für diese Art der „Preisregulierung" recht bezeichnend ist: Am Mittwoch, den 23. August, abends, wenige Minuten vor Ladenschluß kaufte ich in der Filiale des Großkaufmanns Manns, Tempelhofer Ufer Ecke Langwitzstraße ein halbes Pfund Butter zum Preise von 106 Mark. Als ich den Laden verließ, machte man gerade Anstalten zum Ladenschluß. Am Donnerstagmorgen, vielleicht fünf Minuten nach Oeffnung des Geschäftes, also nach dem Verlauf der Nacht, in der auch bei Manns weder transportiert noch verkauft wurde, wollte ich ein weiteres Viertelpfund Butter kaufen. Und was mußte ich erleben? Die Verkäuferin schöpfte aus dem gleichen Butterfaß wie am Abend zuvor, trotzdem aber war der Butterpreis über Nacht für das Pfund um 13 Mark gestiegen. Auf meine Erwiderung, wie kommt denn das, äußerte die Filialleiterin: Gestern abend ist doch auch der Dollar gestiegen! Meine Frau ging sofort zum zuständigen Wucheramt und hier weigerte man sich zunächst, die Angelegenheit zu Protokoll zu nehmen und es bedurfte erst sehr energischer Aufforderung, daß man sich dazu bequemte. Ob das Wucheramt nun auch mit der nötigen Energie gegen den Butterhändler einschreitet, für den der Dollarstand ohne jede Ursache als Preismaßstab dient, und der mit dazu beiträgt, die Kaufkraft der Bevölkerung völlig zu erschöpfen, muß nach dem Verhalten dieses Wucheramtes dahingestellt bleiben.

Landhungrige Reichswehr.

Seit vier Jahren schweben Verhandlungen zwischen dem Bezirk Neukölln und der Reichswehr wegen Ueberlassung eines Streifens des Tempelhofer Feldes, auf dem Spielplätze angelegt werden sollten. Schon einmal standen diese Verhandlungen vor dem Abschluß. Ein 500 Meter breiter Streifen sollte Neukölln zur Verfügung gestellt werden. Da kam die Reichswehr dazwischen und seitdem sind zwei Jahre ins Land gegangen. Die Sache „schwebt". Nun bestand die Aussicht, die an der Nordgrenze liegenden alten Schießstände der Volksgesundheit nutzbar zu machen. Die Verhandlungen standen schon vor Monaten vor dem Abschluß. Magistrat und Stadtverordnete hatten bereits 6 Millionen Mark zum Ausbau bewilligt. Wieder kommt jetzt die Reichswehr und beansprucht den größeren Teil des Waldes für sich, und zwar in dem Maße, daß die Anlage von Spielplätzen und der vorgesehenen Rodelbahn unmöglich gemacht wird. Wer diesen Waldstreifen kennt, weiß, daß militärische Uebungen seit der Revolution dort nicht mehr stattgefunden haben. Die dort liegenden Schützengräben sind inzwischen in Schutthaufen verwandelt worden, unzählige Bäume wurden trotz der Bewachung gestohlen. Ja, man ist sogar so weit gegangen, die Kosten für die Bewachung von Baracken, die dem Reich gehören, der Stadt zu übertragen. Hier offenbart sich der Standpunkt der Reichswehrbehörden. Neukölln ist „rot". Die Roten können in ihren Elendsquartieren zugrunde gehen, was brauchen sie Erholung. Man kann aber auch anders! Wenn ein exklusiver Sportklub kommt, wie der Sportklub Preußen, dann gibt man ein Gelände in bester Lage auf demselben Tempelhofer Feld. Kein militärisches Interesse steht dann auf dem Spiel. Was sagt der Reichswehrminister Geßler dazu? Weiß er überhaupt davon? Er, der bestrebt ist, alle Angriffe von der Reichswehr fernzuhalten, soll natürlich dann dafür sorgen, daß sie nicht immer wieder Angriffsflächen bietet. Es ist kein Wunder, daß sich die Abneigung gegen die Reichswehr bei der Bevölkerung steigern muß, wenn derart mit den Lebensinteressen einer Bevölkerung, wie der Neuköllns, die unter dem Mangel an Erholungsstätten leidet, gespielt wird. Inzwischen schreitet die Geldentwertung sprunghaft vorwärts. Der Betrag von 6 Millionen Mark, der früher genügt hätte, den Platz notdürftig herzurichten, ist längst völlig unzureichend geworden, und der Tag ist wahrscheinlich nicht mehr fern, an dem aus Mangel an Mitteln nichts mehr unternommen werden kann. Aber dann hat die Reichswehr „ihren Wald", der von ihr nicht benutzt wird, der aber als Unterschlupf für allerlei Gesindel dient, dem die erholungsbedürftige Bevölkerung gern aus dem Wege geht. Es ist dringend nötig, daß sich unsere Parlamentarier mit dieser Angelegenheit befassen.

„Tuma".

Zu all den klangreichen und mehr oder weniger vielversprechenden Wortbildungen wird jetzt eine neue auf die Berliner losgelassen, nämlich die „Tuma". Sie ist eine Textil- und Manufakturwaren-Ausstellung, die in der „Neuen Welt" in der Hasenheide ihr Obdach gefunden hat. Die Tuma ist so recht ein Kind unserer Zeit, sie leidet an Warenknappheit. So haben einige Firmen die Stände wohl gemietet, aber keine Sachen ausgestellt. Aus der Not unserer Zeit heraus verständlich ist auch der Stand einer Firma, die in ihrem seit vielen Jahren bewährten Atelier jetzt Kleider und Blusen herstellen läßt aus Stoffen, die das Publikum liefert. Durch guten Schnitt kann bei tadelloser Verarbeitung ein wenig ansehnlicher Stoff eben auch noch allerlei hergeben. Ferner sieht man Muster von Textilwaren und baumwollenen Feingeweben. Einige Waren können, das ist wesentlich, noch unter dem Marktpreis abgegeben werden. Außerdem sind zur Schau gestellt Trikotagen (im Handel nur noch spärlich zu bekommen), Krawatten (an denen bereits großer Mangel herrscht), Strickjacken, Wirk- und Wollwaren, Bänder und Hosenträger. Neben Metallknöpfen gewahrt man bezogene Knöpfe und Knopfmaschinen, durch die eine Selbstanfertigung ermöglicht wird.

Beschlagnahme von krankem Rindfleisch. In einem Wagen eines aus Falkenberg auf dem Anhalter Bahnhof einlaufenden Güterzuges wurde am Mittwoch nachmittag eine größere Menge Rindfleisch von der Kriminalpolizei beschlagnahmt. Das Fleisch stammte aus einer geheimen Schlachtung kranker Tiere in Falkenberg und war für die Berliner Zentralmarkthalle bestimmt.

Pilzausstellung im Botanischen Museum zu Dahlem. Vom Mittwoch, den 30. August, bis Sonntag, den 3. September, findet im Großen Hörsaale des Botanischen Museums in Dahlem, Königin-Luise-Straße 6/8, eine Pilzausstellung statt. Besuchszeit: am 30., 31. August, 2., 3. September von 10 bis 6 Uhr, am 1. September von 10 bis 5 Uhr. Am 29. August und 1. September um 6 Uhr sind Lichtbildervorträge des Leiters der Ausstellung Kustos Dr. E. Ulbrich. Eintritt 3 Mk., für Schulkinder über 12 Jahre 1,50 Mk., für Schulklassen (nur von 10 bis 2 Uhr) 1 M. für jedes Kind. Kinder unter 12 Jahren können nicht zugelassen werden.

Parteigenossen, die in der Lage sind, für Kongreßdelegierte gegen Entschädigung in Höhe mittleren Hotelsatzes Zimmer bzw. Quartier für die Zeit vom 2. bis 9. September einschließlich zur Verfügung zu stellen, werden um Angabe ihrer Adresse an den Deutschen Transportarbeiterverband, SO. 16, Engelufer 24/25, gebeten.

Ein Berliner Verbrecher in Offenburg.

Ein Kapitalverbrechen, das am 16. d. M. in Offenburg verübt wurde, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei, da nach den bisherigen Nachforschungen als Täter ein Mann in Frage kommt, der sich vorher in Berlin aufgehalten hat. Dort wurde ein Kaufmann Klöbe aus Magdeburg von dem Täter erschossen, ein Kaufmann Teutloff durch einen zweiten Schuß schwer verwundet. Beide Ueberfallenen wurden sodann von dem Raubmörder ausgeplündert. Die Ermittelungen der Dienststelle B I 7 haben ergeben, daß der Täter, der sich dort Harry Berndt nannte, hier in Berlin in der Dessauer Straße 31 unter dem Namen eines Reino Schäfer aus Durlach in einem Pensionat gewohnt hat. Mehrere Tage vor Ausführung des Verbrechens hatte er sich dort noch aufgehalten. Der Verbrecher scheint planmäßig geeignete Opfer gesucht zu haben. Auch hier in Berlin hat er in vornehmen Lokalen verkehrt und als Großkaufmann viele Bekanntschaften gemacht und Geschäfte eingeleitet, allem Anschein nach alle nur zum Schein. Seine hiesige Wohnung hatte er unter der Angabe verlassen, nach dem Harz reisen zu wollen. Bisher ist er von dieser Reise noch nicht zurückgekehrt. Wahrscheinlich aber hält er sich weiter an anderer Stelle in Berlin verborgen. Der Gesuchte, auf dessen Ergreifung eine hohe Belohnung ausgesetzt ist, ist 1,70 Meter groß und schlank, hat ein auffallend rotes Gesicht, trägt keinen Bart und hat an einem vorderen Zahn im Oberkiefer eine Goldplombe. Sein Haar, das ziemlich lang ist, trägt er gewellt. Besondere Kennzeichen sind sein linkes, ungefähr 8 Zentimeter verkürztes Bein und seine badische Mundart. Zweckdienliche Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Ins Wasser gefallen. Aus Washington wird gemeldet, daß das Riesenwasserflugzeug, das von New York nach Rio de Janeiro unterwegs war, um an der dortigen hundertjährigen Unabhängigkeitsfeier teilzunehmen, unterwegs ins Wasser gefallen ist. Es wurde von einem amerikanischen Kreuzer aufgefunden. Die Insassen wurden gerettet, der Apparat wird als verloren betrachtet.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, aber kühl und veränderlich bei ziemlich lebhaften westlichen bis nordwestlichen Winden. Oefter etwas Regen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

136. Abt., Reinickendorf-Ost. Freitag, den 25. August, abends 8 Uhr, Sitzung der Zeitungskommission mit den Bezirksführern bei Lindstedt, Residenzstr. 136. Erscheinen Pflicht.

Sport.

Der gestrige Boxabend, der diesmal im Südwesten in der Bock-Brauerei stattfand, zeigte in den Schaukämpfen von Boy Mac Cormick und Ted Kid Lewis höchste Technik des Boxsportes, gegen die unsere Boxleute einstweilen noch nicht heranreichen. Aber auch der übrige Teil des Programms brachte ganz interessante Kämpfe. Merten und Kapitzke standen sich gegenüber, wobei Merten nach Punkten siegreich ausscheiden konnte. Einen reinen Kampf zeigten Saße und der neue Hannoveraner Binnewis, der vielleicht eine Zukunft hat. Saße konnte als Federgewichtsmeister von Deutschland in der vierten Runde durch linken Haken den Sieg für sich buchen. Der Kampf Antonowicz-Bremen gegen Weimarks-Schweden mußte in der fünften Runde wegen absoluter Unreinheit abgebrochen werden. Danach wird eine Begegnung des Bremers mit Prenzel wohl stark illusorisch werden. Runge wurde in der ersten Runde gegen Fehu-England als Sieger erklärt, da der Engländer einen gefährlichen Tiefschlag gebrauchte, der eine Disqualifikation nach sich zog. Arndt und Krüger kämpften zehn Runden unentschieden. Es war von einem guten Distanzkampf nichts zu spüren, die gezeigte Technik war recht mangelhaft, was übrig blieb, war eine regelrechte Holzerei.

Gewerkschaftsbewegung

Abrechnung mit den Kommunisten.

Die Presse hatte sich in den letzten Wochen wiederholt mit den von den Kommunisten provozierten Vorgängen innerhalb des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten zu beschäftigen. Die am Dienstag, den 22. August, tagende Generalversammlung des Berliner Zweigvereins dieses Verbandes nahm zu diesen Vorgängen endgültig Stellung.

Für die Verwaltung, die von ihren Posten zurückgetreten ist, berichtete Saar eingehend über ihre Stellungnahme gegenüber den Kommunisten. Seit 1½ Jahren wird mit den Mitteln der Intrige und Demagogie versucht, die Gewerkschaft zu einem Ableger der kommunistischen Partei zu machen. Die Reichsgewerkschaftszentrale der KPD. beschäftigt einen Beamten, und zwar den Herrn Schlör, fast ausschließlich mit der Propaganda innerhalb der Gewerkschaft der Hotelangestellten. Jede Gelegenheit wird benutzt, um die Institutionen und die Versammlungen des Verbands in den Dienst der kommunistischen Partei zu stellen. Insbesondere haben aber die Vorgänge in der letzten Generalversammlung, die von den kommunistischen Beamten gesprengt wurde, den Nachweis erbracht, daß eine gemeinsame Arbeit mit den Kommunisten nicht mehr möglich war. Der Referent kam deswegen zu dem Schluß, daß ein klarer Trennungsstrich zwischen den Kommunisten und der Amsterdamer Richtung gezogen werden müsse, wenn gewerkschaftliche Arbeit geleistet werden soll.

Als Korreferent war von der KPD. Schlör bestellt, der den Versuch machte, seine Anhänger und ihre Handlungen mit ziemlich lendenlahmen Redensarten zu verteidigen. Nach berüchtigtem Muster versuchte man die Sache auf ein totes Gleis zu schieben. Angeblich war für die Kommunisten die Sache „noch nicht genügend geklärt“ und sollte deswegen ein Schiedsgericht eingesetzt werden. Zum Schluß mußte natürlich alles Mögliche und Unmögliche zur Verteidigung der Kommunisten herhalten. So die Technische Nothilfe, die Forderungen des ADGB., das Streikrecht der Beamten, die Industrieorganisation, der Polizeipräsident Richter, die Schlichtungsordnung usw. Nach lebhafter Diskussion wurde schließlich, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, der Ausschluß des kommunistischen Beamten Richter beschlossen, ebenso wurde eine Resolution angenommen, die die politischen Treibereien verurteilt und für die Zukunft aus der Gewerkschaft verbannen will. Um diesen Zweck erreichen zu können, wurden die übrigen kommunistischen Beamten des Verbandes Merker und Woddelmann entlassen.

Das Resultat bedeutet eine schwere Niederlage der Kommunisten, die noch vor einigen Monaten fertig brachten, einen Kommunisten zum Gewerkschaftskongreß in dieser Generalversammlung durchzubringen. Das Resultat ist auch deswegen bemerkenswert, weil die Kommunisten natürlich kein Mittel gescheut hatten, selbst nicht das Mittel der persönlichen Verunglimpfung, um die eigentlich nicht zu ihnen gehörigen Delegierten zu sich herüberzuziehen. Notwendig wird es allerdings sein, daß bei der nun folgenden Neuwahl der Verwaltung die gefaßten Beschlüsse auch praktisch angewendet werden. Wenn das geschehen soll, so müssen alle diejenigen Gewerkschaftsmitglieder, die für positive Gewerkschaftsarbeit und gegen die politische Zersplitterung der Gewerkschaften sind, dafür sorgen, daß eine Verwaltung zustande kommt, die in diesem Sinne arbeiten kann. Einer solchen Verwaltung können natürlich nur Anhänger der Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung angehören und keine Kommunisten, die lediglich über kurz oder lang neue Konflikte herbeiführen würden.

Anpassung der Gewerkschaftsbeiträge an die Löhne.

Wohl fast alle Gewerkschaften haben ihre Beiträge jetzt nach dem Grundsatz festgelegt: ein Stundenlohn ist ein Wochenbeitrag. Während es bisher jeweils große Schwierigkeiten machte, eine Aenderung in der Bemessung der Beiträge herbeizuführen, die entweder nur durch einen Verbandstagsbeschluß oder eine Urabstimmung der Mitglieder herbeigeführt werden konnte, schließlich in manchen Organisationen auch durch Beirat, Vorstand und Ausschuß, ist auf diese Weise die Anpassung der Beiträge an den sinkenden Markwert ohne weiteres möglich, da sie sich jetzt sozusagen von selbst ergibt und automatisch mit der ziffernmäßigen Erhöhung der Löhne eintritt. Von einer effektiven Erhöhung der Verbandsbeiträge ist dabei nicht die Rede.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte Ende Juli fünf neue höhere Beitragsklassen bis zum Höchstbeitrage von 36 M. eingeführt. Schon jetzt hat es sich notwendig gemacht, ab 3. September drei weitere höhere Beitragsstufen mit 40, 45 und 50 M. Wochenbeitrag einzuführen, um der weiteren Entwicklung der Dinge gerecht zu werden. Im gleichen Verhältnis erhöhen sich die Unterstützungssätze im Falle von Streik, Arbeitslosigkeit, Krankheit, bei Umzug und auf der Reise.

Die Eintrittsgelder, die bei weitem nicht mehr die Selbstkosten an Mitgliedskarte und Mitgliedsbuch decken, werden im Holzarbeiterverbande ab 1. Oktober auf 10 M. für männliche und 5 M. für weibliche und jugendliche Mitglieder erhöht, während der geringere Betrag von 1 M. für Lehrlinge zunächst beibehalten wird.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir den Gewerkschaften noch einmal den bereits an anderer Stelle gemachten Vorschlag in Erinnerung bringen, für die in allen Verbänden bestehenden Unterstützungseinrichtungen einheitliche Unterstützungssätze für die gleichen Beitragsleistungen anzustreben. Abgesehen davon, daß die untersten Beitragsstufen in der einen Organisation früher, in der anderen etwas später ausfallen, hat auch dann die einzelne Organisation nur mit den jeweils für sie in Betracht kommenden Stundenlohn-, Beitrags- und Unterstützungssätzen zu rechnen. Für die Gewerkschaftsmitglieder, die mit häufigerem Arbeits- und damit auch Organisationswechsel zu rechnen haben, wäre es ein großer Vorteil, bei gleichem Beitrag in jedem Verbande die entsprechend gleichen Unterstützungssätze zu bekommen. Die nicht besonders erfreuliche Konkurrenz auf diesem Gebiete könnte ausgeschaltet und damit einer größeren Vereinheitlichung der Weg geebnet werden, ohne daß die sich aus den verschiedenen Beschäftigungsarten und Stundenlöhnen, gleich Verbandsbeiträgen rechtfertigenden Unterschiede berührt würden.

Die Schwierigkeiten einer solchen Regelung sind zu bewältigen, wenn auf allen Seiten der Wille dazu aufgebracht wird.

Abkommen in der Buchbinderei.

Die am Montag vertagte Versammlung aller in Buchdruckereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde am Mittwoch im Gewerkschaftshaus fortgesetzt. In der vorigen Versammlung war beschlossen worden, die Arbeitgeber zu einer Lohnverhandlung bis spätestens am Dienstag aufzufordern. Frl. Schaller berichtete, daß die Verhandlungen am Mittwoch vor sich gingen. Die Vertreter der Arbeitgeber blieben dabei, daß es ihnen nicht möglich sei, in Sonderverhandlungen einzutreten. Sie haben sich jedoch bereit erklärt, zu dem bisherigen Lohnsatz der Arbeiterinnen, der 55 Proz. der Gehilfenlöhne ausmacht, eine einmalige Wirtschaftsbeihilfe in Höhe von 100 M. bis zum Schluß des am 16. September ablaufenden Lohnabkommens zu zahlen. Das Akkordpersonal soll statt 650 Proz. ab 20. August 910 und ab 1. September 1070 Proz. erhalten.

Hake fügte dem Bericht hinzu, daß der für Spezialarbeiten bestehende Aufschlag, der für Arbeiterinnen von 10 auf 50 Pf. und für Gehilfen von 20 Pf. auf 1 M. erhöht worden ist, auch von den Buchdruckereien übernommen wird.

Die rege Aussprache, in der Streikstimmung zum Ausdruck kam, schloß mit folgendem Beschluß: „Die Versammlung nimmt unter schärfstem Protest das Abkommen an, fordert aber ohne nochmalige Verhandlung, daß die am 1. September eintretenden Lohnerhöhungen schon ab 21. August zu zahlen sind. Weiter fordert sie, daß an den für die Arbeiterinnen verlangten 75 Proz. der Gehilfenlöhne festzuhalten ist.“

Sofortige Auszahlung der städtischen Lohnzulagen. Die vom Haushaltungsausschuß bewilligten Lohnzulagen, über die wir im gestrigen Abendblatt berichteten, kommen auf Grund eines Beschlusses des Magistrats sofort in voller Höhe zur Auszahlung.

Für die in den Apotheken beschäftigten Laboranten, Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Reinemachefrauen ist mit dem Berliner Apothekerverein ein neues Lohnabkommen für die Zeit vom 1. Juli bis 31. August getroffen. Die gedruckten Tarife sind beim Transportarbeiterverband, Berlin, Engelufer 24 25, Zimmer 31, gegen Ausweis der Mitgliedschaft erhältlich.

Die Belegschaft der Hohenzollerngrube in Beuthen trat am Dienstag in den Streik, weil ein Mitglied des Betriebsrates entlassen wurde. Zwei Arbeitervertreter sind nach Berlin gekommen, um Minister Siering die Angelegenheit zu unterbreiten.

Wiedereinstellung der Leipziger Metallarbeiter. Nachdem die Verhandlungen mit den in einem Betriebe der Leipziger Metallindustrie streikenden Arbeitern zu einer Einigung geführt haben, ist die vom Verband der Metallindustriellen des Bezirks Leipzig über die Betriebe der Metallwaren- und Armaturenindustrie verhängte Aussperrung wieder aufgehoben worden.

Der spanische Poststreik.

Nach einer Havas-Meldung aus Madrid haben sich die streikenden Postbeamten bereit erklärt, unter gewissen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie verlangen insbesondere die Zusicherung, daß keine Maßregelungen vorgenommen und daß ihre Forderungen dem Parlament vorgelegt werden. Der Ministerpräsident hat diese Bedingungen abgelehnt.

Zur Streiklage in Ungarn berichtet die „Frankfurter Zeitung“ aus Budapest, daß etwa 40 000 Arbeiter der Metallindustrie streiken und nur wenige Betriebe arbeiten. Die Arbeitgeber wollen angeblich die Lohnforderungen bewilligen und lehnten die Forderungen bezüglich der Machtfrage ab. — Die streikenden Kohlenarbeiter im Salgo-Tarjaner Kohlenrevier wollen die Arbeit wieder aufnehmen, wenn die zweimal wöchentlich eingeschobene Zehnstundenschicht nur bis Dezember beibehalten bleibt, während die Verwaltungen sie bis Ende Mai 1923 aufrechterhalten wollen.

Internationale des Post- und Telegraphenpersonals.

Dritter Verhandlungstag.

Nach Beendigung der Diskussion über den Bericht Bowen begann die Debatte über den Antrag des Allrussischen Postverbandes um Aufnahme in die IPTT. Der Sekretär dieses Verbandes Efretoff (Moskau) führte u. a. folgendes aus: Allrussischer Verband ist ein Kind der Revolution von 1905. 1917 erfolgte Neuorganisierung. In der Nachrevolutionszeit wurde der Wiederaufbau der Organisation vollzogen und der Organisationszwang abgeschafft. Damals umfaßte der Verband — wie heute — 125 000 Mitglieder. Bis 1921 wurde die Sektionsausteilung mit Zentralverbänden erreicht, 1921 der Beschluß des Anschlusses an die Rote Gewerkschaftsinternationale durchgeführt. Die Anwendung des Streiks ist zurzeit nicht angebracht. Das Zentralkomitee hat sich 1921 gegen den Streik ausgesprochen. Efretoff gibt einen Ueberblick über die Maßnahmen — besonders die kulturellen. Der heutige Völkerbund und das Internationale Arbeitsamt müssen abgelehnt werden. Die Russen würden sich für den Fall der Aufnahme in die IPTT. den Satzungen fügen. Wenn der Allrussische Verband ausgeschlossen wird, müssen auch die Internationalen anderer Richtung abgelehnt werden.

Als erster Diskussionsredner sprach Bowen (England) in sachlicher Form für die Rückverweisung des russischen Antrags an den Vollzugsausschuß. Er führte u. a. aus: Wir sind gezwungen, die Dinge zu nehmen, wie sie in Europa sind. Wenn die Russen ihre Regierungsform für die beste halten, ist das ihre Sache, aber sie sollten diese Form nicht allen übrigen Ländern aufzwingen wollen. Diese Agitation der Russen ist am schädlichsten für sie selber. Auch der Auffassung der Russen, allein der Anschluß an die RGI. könne für alle in Frage kommen, können wir nicht beitreten. Wir gehören zur Amsterdamer Richtung, der die Rote Gewerkschaftsinternationale den Krieg erklärt hat. Unsere russischen Freunde können nicht zwei Herren dienen. Der Vollzugsausschuß ist der Meinung, daß die Zeit für die Aufnahme der Russen noch nicht gekommen ist. Die Vertreter der holländischen und eines Teils der österreichischen Verbände (Technische Union) setzten sich mit starker Beredsamkeit für die Aufnahme der Russen ein. Middleton (England) ist gegen Abstimmungszwang und wünscht Verschiebung der Abstimmung. Als besonders warmer Befürworter der Aufnahme vertritt der Abgeordnete des argentinischen Postverbandes die Auffassung, daß die Politik der russischen Regierung von den Gegnern des Anschlusses viel zu stark in den Vordergrund gerückt sei. Der französische Redner erläutert an Beispielen die verheerende Wirkung der bolschewistischen Agitation in der französischen Angestellten- und Beamtenbewegung. Der italienische Vertreter der IPTT. stellte fest, daß die italienische Zentrale nicht — wie fälschlich behauptet — Moskau angeschlossen sei. Die Taktik Moskaus habe in Italien die Spaltung der sozialistischen Parteien herbeigeführt, dadurch die Reaktion gestärkt und den Fascismus gefördert. Solange die russischen Kameraden Moskau angehören, ist Aufnahme im IPTT. nicht möglich. Die Ausführungen des belgischen Vertreters konnten sich in vielen Punkten auf praktische Erfahrungen stützen, vielfach aber schossen sie doch über das Ziel hinaus. Dennoch vermochte das Schlußwort des russischen Redners einen Umschwung in der Stimmung der Delegierten nicht herbeizuführen. Die Abstimmung hatte das Ergebnis, daß die Aufnahme der Russen mit 305 800 Stimmen gegen die außerordentlich starke Minderheit von 223 800 Stimmen abgelehnt wurde.

Gemeinde- und Staatsarbeiter.

9. Verbandstag.

Magdeburg, 22. August.

Am zweiten Verhandlungstage gab Hauptkassierer Rupper den Kassenbericht. Hauptkasse, Vermögensverwaltung und Filialkassen verfügten Ende 1921 über einen Vermögensstand von 24 942 837,43 Mk. Die Finanzentwicklung während der Berichtsperiode war befriedigend; halte aber die Entwertung des Geldes an, seien die Fonds weiter zu stärken. In den Filialen müsse alles versucht werden, die Kollegen in die Beitragsklassen hineinzubringen, in die sie auf Grund der neu festgesetzten Beiträge hineingehören.

Dann berichtete Schulz (Vorstand) über das Wirken der „Reichssektion für Gesundheitswesen“. Diese Sektion, lange das Schmerzenskind des Verbandes, hat doch jetzt mit der allgemeinen Entwicklung des Verbandes gleichen Schritt gehalten. In letzter Zeit ist die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen, doch ist das zurückzuführen auf Verengung des Agitationsgebiets durch Verminderung des Personals, Auflösung von Lazaretten usw.

Darauf folgte ein Bericht von Stetter (Vorstand) über die „Reichssektion der Staatsarbeiter und Beamten“. Er führte aus: Die soziale Lage der in den Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten zu bessern, war fast notwendiger als irgendwo. Als brauchbare Form diente dem Verband wiederum der Tarifvertrag. Zahlreiche Verträge wurden abgeschlossen, darunter auch Mantelverträge, die wiederum den meisten Einzelstaaten und häufig auch den Gemeindebetrieben als Grundlage dienten, auf der sie sich den materiellen Inhalt der Reichsmanteltarife zu eigen machten, wenn es leider auch hier wiederum nicht gelang, eine volle zentrale Vereinheitlichung des Tarifwesens herbeizuführen. Erfolge und aufs neue zu pflegende Bestrebungen wurden vom Referenten eingehend geschildert, wobei er zugleich einging auf Schwierigkeiten der Verhandlungen gerade auf seinem Gebiete, die sich wiederholt ergaben aus notwendigen Rücksichtnahmen auf die außenpolitische Lage. In bemerkenswerten Ausführungen nahm der Redner Stellung zum „Deutschen Beamtenbund“. Infolge der Richtung dieses Bundes hielt Redner die vor kurzer Zeit erfolgte Gründung des „Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes“ für notwendig. Er habe vor dem „Deutschen Beamtenbund“ voraus, unter der Führung von Männern zu stehen, die eine jahrelange gewerkschaftliche Erfahrung hinter sich haben, und angelehnt zu sein an die allgemeine deutsche Arbeiterbewegung, insbesondere an die großen verwandten Organisationen, den Deutschen Eisenbahnerverband, den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und den Butab.

Für die dann einsetzende Generaldiskussion wurde die in der Geschäftsordnung vorgesehene unbeschränkte Redezeit mit 136 gegen 97 Stimmen auf 25 Minuten beschränkt. Der Beschluß löste lebhafte Erregung aus. Ein Teil der Delegierten, vornehmlich die Berliner, verließ den Sitzungsraum und trat zu einer Besprechung zusammen. Ein bald darauf eingehender Antrag auf unbeschränkte Redezeit für je einen Redner der drei Richtungen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt; das gleiche geschah mit einem Antrag auf einstündige Redezeit für jeden dieser drei Redner. Dagegen wurde ein Antrag, einem Berliner Delegierten zur Rechtfertigung des Berliner Streikstandpunktes eine unbeschränkte Redezeit zu geben, zu dessen Begründung gesagt wurde, daß er dazu dienen solle, den Mißklang aus den Verhandlungen herauszubringen, angenommen.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende

Trauringe

1 Ring, Dukatengold, von 1000,— an
1 Ring, 585 gestempelt, von 650,— an
1 Ring, 333 gestempelt, von 500,— an
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.
ges. geschützt
Ausführlicher Katalog nach auswärts geg. Rückporto.

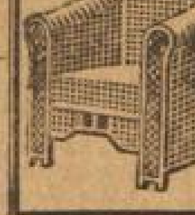
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo
Telephon: Norden 1930. Telephon: Steinplatz 11863.
Handelsgerichtlich eingetragene Firma.
Telegr.-Adr.: Trauringkanone Berlin

Billige Bezugsquelle
für Trikotagen, Strumpf- und Wollwaren
Strumpfhaus Werba, Berlin
Kottbuser Damm 72, Ecke Lenaustr.

Strickjacken
aller Art, Jumper, Kimonos, Strandjäckchen etc. — Einzelverkauf bester Qualitätsware.
Billigste Bezugsquelle
Bruno Richter, Berlin-Pankow, Mendelstr. 34, I.
Fabrik-Niederlage thüring. Wollwaren.
Straßenbahn: 46, 47, 49, 51, 57, 151, 116.
Fernruf: Pankow 3723.

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Cottbuser Damm 18
Sommer-Neuheiten!
Schöne Reste in Frotté, Voile, Gabardine, Tuch usw. Reste für Herren-Anzüge, Schlüpfer
Ia Qualitäten.
Staunend billig!

Allgemeiner Feuerbestattungs-Verein zu Berlin E. V.
Geschäftsstelle: W 15, Uhlandstr. 42.
Postscheck-Konto: Berlin 117970. Geöffnet von 10—4 Uhr. Freitags von 9—7 Uhr. Fernsprecher: Amt Uhland 2173.
Monatsbeitrag von 6 bis 35 Jahren 1,50 Mk. Nach 30 Jahren beitragsfrei. Aufnahmegebühr bis 45 Jahre 3.— Mk., im 46. Jahre 12.— Mk., im 47. Jahre 24.— Mk., im 48. Jahre 36.— Mk., im 49. Jahre 48.— Mk., im 50. Jahre 60.— Mk., im 51. Jahre 80.— Mk., im 52. Jahre 100.— Mk., im 53. Jahre 120.— Mk., im 54. Jahre 140.— Mk., im 55. Jahre 160.— Mk. Ueber 55 Jahre Aufnahmegebühr 33.— Mk. Beitrag einmalig von 55—60 Jahren 750.— Mk., bis 65 Jahre 1500.— Mk., bis 70 Jahre 2000.— Mk., bis 75 Jahre 2500.— Mk.
Nach einjähriger Mitgliedschaft kostenfreie Bestattung.
Darunter versteht unser Verein: Gefehlter Sarg mit Dekoration mit Innenausstattung, Einzelüberführung nach dem Krematorium mit eigenem Spezial-Blasleichenwagen nebst Begleitern, die amtsärztlichen Atteste, Orgelspiel in der Halle, sowie Ausschmückung derselben. Für Mitwirkung eines beamteten Geistlichen werden die Kosten bis 30 Mk. vergütet — die Einäscherung, Aschenkapsel, Beisetzung derselben und die Stelle. — Der Verein nimmt damit den Angehörigen die schwierigen Wege und alle Kosten, die eine in jeder Weise pietätvolle Feuerbestattung veranlaßt, ab. Für Mitglieder, die beim Ableben dem Verein noch kein Jahr angehören, übernimmt der Verein die Vermittlung, die anderen Selbstkosten tragen die Hinterbliebenen.
Zahlstellen-Verzeichnis gegen Porto kostenlos.



Korbmöbel
f. Gärten, Balkone, Wohnz. i. mod. u. dauerhafter Ausf.
Korbsessel.
Gr. Auswahl.
Besicht. erbet.
Heinr. Kaese
Korb- u. Rohrmöbel.
Neuk., Berl. Str. 89
gegenüber (Kein Lad.)

Leiterwagen
u. alle ander. Transportgeräte liefert billigst.
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Cöpenicker Str. 71.
Kein Ladengeschäft.

Damen- u. Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Kleider- u. Futter-Seiden
schwarz und farbig.
Gelegenheitskäufe
in mod. Mänteln, Kostümen, Kleidern u. Röcken.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Gold Silber Platin
Bruch
Zahngebisse
Erich Fuhrmann
Gotzkowskystr. 13

Geschlechtsleiden
ihre Erkennung und Heilung — ohne zu spritzen. —
Arzneikuren und ihre Wirkung.
Ohne Berufsstörung! Nachw. viele Erfolge. Ausführl. Brosch. versendet portofrei gegen Einsendung von 10 Mk.
Dr. R. C. Runeiser, med. Verlag, Hannover, Odeonstraße 3.

Spezial-Arzt Dr. Scotti
für Haut- und Geschlechtskrankheiten, veraltete Harnleiden. Syphilis-Kuren. Blutuntersuchung. Aeltest. Löser-Institut.
Dir.: Löser senior 9—1, 4—8 Sonnt. 10—12
Rosenthaler Str. 69/70, gegenüber Damenz. separ

Technikum Strelitz
(Mecklenburg)
Maschin.- u. Elektrotechn., Hoch- u. Tiefbau, Beton- u. Eisenbau. Winterkurse. Anf. Okt. Näher. s. Progr. 2 Bahnstd. v. Berlin.